



Die neue Um“FAIR“teilung Wie viel Gerechtigkeit braucht unsere Gesellschaft?

21. Juni 2017 Laatzen

Auch in Deutschland dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass es Armut gibt und nicht alle Menschen den gleichen Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung oder Wohnraum haben. Die oberen 10 Prozent der Haushalte verfügen über etwa 6 Prozent des Vermögens, während die unteren 50 Prozent nur etwa 2,5 Prozent des Vermögens besitzen. Was aber muss konkret getan werden, um den Wohlstand gerechter zu verteilen? Ist eine gerechte Wohlstandsverteilung Voraussetzung für die Demokratie? Und wie könnte eine Umverteilung genau aussehen?

Vor diesem Hintergrund lud die **Friedrich-Ebert-Stiftung Niedersachsen** am 21. Juni 2017 nach Laatzen, um im Rahmen einer Podiumsveranstaltung unter dem Titel „Die neue Um“Fair“teilung. Wie viel Gerechtigkeit braucht unsere Gesellschaft?“ genau diese Fragen zu diskutieren. Gäste auf dem Podium waren **Julia Friedrichs**, Autorin und Journalistin, **Dr. Silke Lesemann MdL**, wissenschaftspolitische Sprecherin der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion, **Wilhelm Schmidt**, Präsidiumsvorsitzender des Bundesverbands der Arbeiterwohlfahrt (AWO) und **Dr. Anita Tiefensee** vom Forschungsprojekt „Soziale Ungleichheit, Mobilität und Verteilung“ am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Moderator der Veranstaltung war **Klaus-Dieter Gleitze**, Geschäftsführer der Landesarmutskonferenz Niedersachsen.

Nach einer kurzen Begrüßung durch **Franziska Schröter** vom FES-Landesbüro Niedersachsen führte Klaus-Dieter Gleitze mit einem Quiz in das Thema ein und ließ das Publikum schätzen, wieviel Vermögen die reichste Familie Deutschlands besitzt und wie hoch der Geldstapel wäre, wenn man dieses übereinanderlegen würde.

[Das Quiz zum Nachhören](#)

Anschließend folgten vier Kurzipulse der Podiumsgäste. Julia Friedrichs ging hierbei vor allem auf ihre Untersuchungen zum Thema vererbtes Vermögen ein und die dadurch resultierenden Aufstiegschancen bzw. auf die dadurch (ungerechte?) Befähigung einer Gruppe, in Abgrenzung zum nicht erbenden Menschen an Bildung, an Netzwerken und somit an Einfluss teilzuhaben. Friedrichs argumentierte, dass der Staat durch die momentane Regelung fatale Ansätze gäbe. „Steuerlich gesehen setzt der Staat die falschen Anreize, obwohl viele Erben etwas abgeben würden. Doch dies wird nicht gefordert“, so Friedrichs. Die Leistung spiele daher oft eine geringere Rolle als die Herkunft.



Julia Friedrichs

[Impuls zum Nachhören](#)



Dr. Silke Lesemann MdL

Dr. Silke Lesemann MdL widmete ihren Impuls den Ungerechtigkeiten durch verwehrte Zugänge im Bildungssystem. Für die Bildungsexpertin steht fest „Für Bildung ist das Elternhaus immer noch viel wichtiger als Leistung.“. Als Hürden für Arbeiterkinder, ein Studium zu beginnen, nennt Sie zum einen den Faktor Geld, da neben den Kosten für das Studium natürlich auch Geld zum Wohnen und Leben benötigt werde. Das Abschaffen der Studiengebühren durch Rot-Grün 2013 in Niedersachsen sei ein wichtiger Schritt gewesen, aber das ist natürlich nur ein Kostenfaktor von vielen. Auch spielen das Selbstvertrauen der Jugendlichen sowie Förderung und Identifikationspersonen eine Rolle und diese Vorbilder und Unterstützer_innen sind Arbeiterkindern oft viel begrenzter zugänglich als Akademikerkindern. „Auch wenn seit den 70ern begonnen wurde, dieses System durchlässiger zu machen, fehlt es noch an vielem“, beklagt Lesemann.

[Impuls zum Nachhören](#)

Das Kurzstatement von Wilhelm Schmidt konzentrierte sich auf den Schwerpunkt, wie soziale Ungleichheit bekämpft werden kann und welche weiteren Felder in diesem

Themengebiet außerdem Berücksichtigung finden müssten. Hierzu nennt der AWO-Bundesvorsitzende beispielsweise Ungerechtigkeiten bei Teilzeitarbeitenden, in der Alterssicherung oder beim Thema Wohnen, besonders in Großstädten. Lösungsansätze für die genannten Probleme sieht Schmidt beispielsweise durch gerechtere und solidarische Sozialversicherungen. Arbeitgeber sollten sich wieder paritätisch an den Kosten beteiligen und man müsse auch darüber diskutieren, wie man mehr Menschen wieder in gemeinsame Sicherungssysteme bekommt, sei es bei der Krankenversicherung oder der Altersvorsorge. Auch noch mehr Betreuungsplätze für Kinder fordert Wilhelm Schmidt, idealerweise kostenfrei. So würde nicht nur die Vereinbarkeit von Beruf und Privatem verbessert, sondern die Kinder würden auch im Bildungsverlauf und sozial sehr davon profitieren. Eine bessere Finanzausstattung für Kommunen sowie eine höhere Einkommensteuer und Kapitalertragssteuer würden hierfür benötigt, mahnt Schmidt.

[Impuls zum Nachhören](#)



Dr. Anita Tiefensee

Dr. Anita Tiefensee widmete sich dann zum Abschluss in ihren Kurzipuls zunächst einer Definition von Gerechtigkeit. Die vier Aspekte Gleichheit, Leistungsgerechtigkeit, Bedarfsgerechtigkeit und Chancengleichheit seien die elementaren Faktoren, aus denen sich der Überbegriff „Gerechtigkeit“ zusammensetzte und bei denen es in einigen Bereichen große Probleme gebe. Das beginne bei der mangelnden Durchlässigkeit im Bildungssystem, spiegelt sich in Ungleichheiten im Rechtssystem und hört bei der ungleichen Verteilung von Vermögen eben nicht auf. Tiefensee fordert u.a. eine individuellere Förderung

im Bildungsbereich, die sich auf die Stärken der Jugendlichen konzentriert. Weiterhin thematisierte sie ebenfalls die Ungleichheit, die durch Erbschaften entsteht und betont: „30 Prozent des aktuellen Vermögens in Deutschland sind aus Erbschaften entstanden“. Reichtum, der leistungslos erworben wurde und sich immer weiter reproduziert, könne daher zu großen Problemen führen, so Tiefensee. Die Finanzexpertin brachte dann auch sehr konkrete Zahlen und Lösungsvorschläge mit. Immer wieder an dem Abend wurde eine stärkere Besteuerung von hohen Einkommen und vor allem von Vermögen gefordert und auch eine echte Erbschaftssteuer sei unerlässlich, um eine Umverteilung zu schaffen. Diese sei, da waren sich alle einig, unerlässlich für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

[Impuls zum Nachhören](#)

In der darauffolgenden Podiumsdiskussion kam zunächst die Frage auf, ob das Erben von Vermögen ohne eine eigene Leistung moralisch und ethisch bei den vorgestellten Problemen überhaupt noch zu vertreten sei. Julia Friedrichs ist sich hierbei sicher, dass nicht das Erben an sich das Problem sei, sondern stattdessen ein fehlender Ausgleich. Es

gehe dabei vor allem um große Erbschaften, die nicht mehr viel mit den persönlichen und emotionalen Erbschaften im kleineren Familienkreis zu tun hätten. Weiterhin ging es um die Frage, inwieweit Bildung alleine Faktoren der genannten Ungleichheit ausgleichen könne, wenn denn eben wohlhabendere Familien durch bessere Förderung der Kinder und entsprechend elitäre Bildungsverläufe doch immer wieder in entsprechende verantwortliche Positionen ihre Nachkommen platzieren könnten. Silke Lesemann betonte noch einmal, dass ein hohes Bildungsniveau gut für die Gesellschaft sei und Kinder und Jugendliche ihr Optimum ausschöpfen können sollten. „Wir leben in einer starren Gesellschaft und sollten gleich von Anfang an für gleiche Bildungschancen sorgen“ so Lesemann. Das müsse ja nicht bedeuten, dass dann auch alle Kinder studieren müssten, eine Stärkung der Berufsausbildung sei ebenfalls wichtig in Zeiten von Fachkräftemangel und Digitalisierung.

Im weiteren Verlauf der Diskussion ging es auch darum, dass die Schere zwischen Arm und Reich trotz bestehender Versuche der Umverteilung weiter auseinandergehe. Wilhelm Schmidt kritisiert, dass vor allem die Zugänge noch nicht geschaffen wurden und es oft daran scheitern würde, die Leute zu befähigen, Möglichkeiten wahrzunehmen. Julia Friedrichs ergänzt hierzu, dass diese Schere jedoch nicht in allen Bereichen auseinandergehe und zum Beispiel zumindest bezüglich des Einkommens zuletzt andere Entwicklungen zu beobachten seien. Anita Tiefensee erläuterte im weiteren Verlauf, warum der *trickle down effect*, also das Durchsickern vom Reichtum der oberen Bevölkerungsschichten bis in die sozial schwächeren und ärmeren Schichten, heute als Theorie kritischer gesehen werde. Früher ging man davon aus, dass wenn es der Elite einer Gesellschaft wirtschaftlich gut ginge, automatisch auch etwas „durchsickert“ zu den Ärmern. Auswertungen der OECD und des Internationalen Währungsfonds hätten aber ergeben, dass Ungleichheit Wachstum deutlich hemmen könne und ein Durchsickern nicht selbstverständlich ist. Das Problem dabei sei auch, dass die unteren 40 Prozent der Einkommensschichten nicht ausreichend in Bildung investieren könnten, so Tiefensee.

Die Diskussion mit dem Publikum konzentrierte sich zunächst auf die Förderung von Kindern auch außerhalb der Schule und auch auf einer individuelleren Ebene. Silke Lesemann betonte noch einmal, wie wichtig hier die finanziellen Mittel seien und bestätigte, dass vor allem Ganztagschulen

wichtig seien und



Dr. Anita Tiefensee, Wilhelm Schmidt, Klaus-Dieter Gleitze, Dr. Silke Lesemann MdL, Julia Friedrich (v.l.n.r.)

ausgestattet werden müssen. Längeres gemeinsames Lernen sei für alle Kinder von Vorteil, aber würde auch nachweislich Ungleichheiten verringern. Wichtig sei hier auch, dass multiprofessionelle Teams an die Schulen kämen. Weiterhin richtete sich eine Publikumsfrage darauf, wie sinnvoll der Spitzensteuersatz überhaupt sei. Julia Friedrichs argumentierte, dass sie dieses System durchaus für berechtigt halte, weil Menschen, die etwas leisten, sich auch etwas aufbauen können sollen. Daran sei ja gar nichts auszusetzen.

Die Schlussstatements bezogen sich auf die Frage von Klaus-Dieter Gleitze, wodurch wir in der Gesellschaft mehr Gerechtigkeit erreichen können. Julia Friedrichs fordert, dass wir Dinge, die wir behaupten zu wollen als Gesellschaft, auch umsetzen sollten in der Realität. Auch dass Kindern Welten eröffnet werden, damit sie die Chance haben, Dinge und Optionen zu entdecken, sei von großer Bedeutung. Silke Lesemann betonte noch einmal, dass weiter über das Thema Ungleichheit geredet werden müsse und wir uns mit den Realitäten auseinandersetzen müssen.

Wilhelm Schmidt ergänzt: „Wir müssen die Menschen ernster nehmen“. Es sei wichtig, mehr zu diesem Thema zu tun in der Praxis, das am Ende auch positiv läuft. Abschließend wünscht sich Anita Tiefensee vor allem mehr Solidarität auf der Mikro- und Makroebene, um zu mehr Gerechtigkeit zu kommen. Dies schließt zum einen ein, was jeder Einzelne selbst tut, aber eben auch, dass der Staat und die Politik noch einige Dinge ändern bzw. endlich anpacken müssen.

Zum Nachlesen: VISION EUROPA Nr. 8:
[„Vermögens\(ungleich\)verteilung in Europa“](#)



Wilhelm Schmidt